

**Brief
an die
Leser**



KLAUS HERRMANN

Kein Werkzeug

Es war ein starkes, ein historisches Zeichen, als im Juni 2019 die Chefredakteure der 18 wichtigsten Zeitungen des Landes eine gemeinsame „Klarstellung“ verfassten – ein paar Wochen nach dem Auftauchen des Ibiza-Videos, in dem FPÖ-Chef Strache die „Krone“ an eine vermeintliche russische Oligarchin verschachern wollte, um uns dann, wie Strache es formulierte, „zack, zack, zack“ zum Propagandablatt für ihn und seine Partei umzufunktionieren.

Das Schreiben wurde damals auch Bundespräsident Van der Bellen übergeben, der erst diese Woche im „ZiB 2“-Interview wieder davon sprach, dass Straches Ibiza-Äußerungen „der bewusste Versuch der Untergrabung der Pressefreiheit – Stichwort Übernahme der „Kronen Zeitung“ waren.

In der Klarstellung der Chefredakteure hieß es – siehe Ausriß rechts – auch, „dass Politik vom direkten Zugriff auf Medien träumt, ist in Österreich keine besondere Eigenschaft einer einzigen Partei“.

Wenn – wie Polit-Professor Filzmaier hier schreibt, täglich versucht wird, auf Journalisten Einfluss zu nehmen, so ist nicht immer gleich die Pressefreiheit in Gefahr. Aber gefährdet wird die Erfüllung der berechtigten Erwartung unserer Leser, unabhängig informiert zu werden.

Daher lassen wir uns nicht zum Werkzeug der Politik machen. Das sind wir uns und unseren Lesern schuldig.

Einen schönen Feiertag mit Ihrer „Krone“!

Geschäftsführender Chefredakteur

Politik & Medien: Wenn

Norbert Totschnig hat sich dafür entschuldigt, dass seine Pressesprecherin sich Thema und Interviewpartner aussuchen wollte. Haken wir diese peinliche Posse ab. Wollen aber Politiker nicht ständig Medien beeinflussen?

Eine Klarstellung

Vor vier Wochen veröffentlichten die „Süddeutsche Zeitung“ und „Der Spiegel“ das sogenannte Ibiza-Video. Seither haben sich die Ereignisse überstürzt. Eine Übergangsregierung führt das Land und die Ursache für den Sturz der Regierung ist fast in Vergessenheit geraten. Die Suche nach den Urhebern, so wichtig sie ist, überdeckt die demokratiegefährdenden Aussagen, die das Video dokumentiert.

Leicht gerät in Vergessenheit, dass da ein Parteichef unmissverständlich erläuterte, wie man ausländische Geldspenden an Kontrollorganen vorbei seiner Partei zukommen lassen könnte; vergessen scheinen seine Erklärungen, wie seine Partei dem Spender zu profitablen staatlichen Aufträgen verhelfen wollte; vergessen der Plan, eine große Zeitung mithilfe russischer Investoren in den Griff zu bekommen, auch, um unliebsame Journalistinnen und Journalisten zu entfernen.

Dass Politik vom direkten Zugriff auf Medien träumt, ist in Österreich keine besondere Eigenschaft einer einzigen Partei. Wer Macht hat oder will, sucht auch nach Wegen, die Kontrollorgane dieser Macht zu kontrollieren. Wohin das führt, können wir in Ungarn beobachten, einem Land, das der damalige FPÖ-Chef in dem Video ausdrücklich als Vorbild nennt.

Unabhängige Medien sind in einer liberalen Demokratie kein Instrument des Machterwerbs und Machterhalts einer Partei oder mächtiger Interessensgruppen, kein Instrument zur Manipulation der Leserinnen und Leser. Bei allen Mängeln, die man ihnen vorhalten kann, sind sie ein wichtiges Korrektiv der Politik. Wer, wenn nicht diese „vierte Macht“, könnte Missstände und Machtmissbrauch sichtbar machen?

Wer die Grenze zwischen Journalismus und Politik missachtet, gefährdet die Grundlagen der Demokratie. Da diese Selbstverständlichkeit offenbar in Frage steht, ist es uns wichtig, in aller Klarheit daran zu erinnern.

Johannes Bruckenberger (Chefredakteur APA),
Florian Klenk (Chefredakteur Falter),
Rudolf Mitiöchner (Chefredakteur Die Furche),
Hubert Patterer (Chefredakteur Kleine Zeitung),
Christoph Dichand (Chefredakteur Kronen Zeitung),
Klaus Herrmann (Geschäftsführender Chefredakteur Kronen Zeitung),
Martina Salomon (Chefredakteurin Kurier),
Kathrin Gulnerits (Chefredakteurin News),
Walter Fahrnberger, Daniel Lohninger (Chefredakteure Niederösterreichische Nachrichten),
Gerald Mandlbauer (Chefredakteur Oberösterreichische Nachrichten),
Rainer Nowak (Chefredakteur Die Presse),
Christian Rainer (Chefredakteur profil),
Manfred Perterer (Chefredakteur Salzburger Nachrichten),
Alois Vahrner, Mario Zenhäusern (Chefredakteure Tiroler Tageszeitung),
Martin Kotynek (Chefredakteur Der Standard),
Andreas Weber (Chefredakteur Oberösterreichisches Volksblatt),
Christian Haubner (Chefredakteur Vorarlberger Nachrichten),
Gerold Riedmann (Chefredakteur Vorarlberger Nachrichten),
Walter Hämmerle (Chefredakteur Wiener Zeitung)

Nach dem Ibiza-Skandal gab es eine Klarstellung aller Zeitungen.



Foto: Gernot Cleiss

Die Aufgabe des Journalismus ist es, das politische Agenda Setting nicht zu übernehmen, sondern das eigene zu setzen.

Peter Plaikner, Medien- und Kommunikationsexperte

Ⓢ Peter Plaikner ist Kommunikationsberater.

PETER FILZMAIER IST PROFESSOR FÜR POLITIKWISSENSCHAFT IN KREMS UND GRAZ

Im Idealfall sind unabhängige Journalisten gegenüber den Politikern in einer Kontrollfunktion. Da gibt es einerseits Berichte und Analysen – was wann wie wo warum passiert als journalistische W-Fragen – sowie Kommentare als kritisches Meinungselement. Andererseits werden durch Recherchen Fehlleistungen und Skandale von Politikern aufgedeckt.

Demgegenüber wollen Regierungs- und Parteipolitiker bestimmen, was Medien wie machen. Das ist erlaubt, wenn Gesetze – von der Medienförderung bis zum Rundfunkgesetz für den ORF – beschlossen werden. Hinzu können zwielichtige Vorgangsweisen der Politiker kommen. Besonders übel wäre es, wenn seitens der Politik Druck ausgeübt wird, es würde je nach Medieninhalt als Belohnung und Strafe mehr oder weniger mit Steuergeld bezahlte Inserate geben.

Es wirkt, als würde das Thema Message Control immer größer werden.

Kontrollierte Kommunikation ist professionell. Die Kunst dabei ist, dennoch authentisch zu wirken. Wenn das nicht gelingt, ist die Message Control out of control. Die Aufgabe des Journalismus ist es, das Setzen von Themen nicht zu übernehmen, sondern eigene zu setzen und selbstbewusst zu sagen: „Heute ist Tierwohl unser Thema.“

der Schwanz mit dem Hund wedelt

Neben solchen Machtstrukturen gibt es Tag für Tag Einflussversuche auf Journalisten. Pressesprecher machen natürlich ihren Job, wenn sie etwas so darstellen, wie es einem Politiker und seiner Partei in den Kram passt. Wohin das freilich im Extremfall führen kann, zeigt der Spielfilm „Wag the Dog“. Auf Deutsch bedeutet das, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt.

Erfundene Kriege und Volksmusiker

Der amerikanische Präsident ist in einen Sexskandal verstrickt. Seine Mitarbeiterin engagiert – um der Sache den richtigen Dreh zu geben – Robert De Niro als „Spindoktor“, der zur Ablenkung einen Krieg erfindet. Die Medien fallen darauf herein. Ein legendärer Dialog zwischen De Niro und Anne Heche geht so: „Dementieren Sie, dass wir den B-3-Bomber einsetzen!“, empfiehlt der Spindoktor. Die Pressesprecherin ist verblüfft: „Es gibt überhaupt keinen B-3-Bomber.“ Darauf: „Sag ich ja, bestreiten Sie energisch, dass wir ihn verwenden werden!“ Prompt berichten alle Fernsehanstalten und Zeitungen über den möglichen Bombereinsatz statt über den Sexskandal.

Als harmlosere Variante kennen wir in Österreich,



Foto: Kristian Bissuti

Peter Filzmaier rät Politikern und Journalisten zu einem professionellen Verhältnis miteinander.

dass Politiker sich als Sportler, Volksmusiker oder Hobbygärtner inszenieren. Oder mit glücklicher Familie und ebenso glücklichen Haustieren. Stets finden sich Medien, die darüber berichten. Obwohl der Nachrichtenwert null ist. Hinzu kommt das rot-weiß-rote Problem der „Verhaberung“. Es gab früher Erzählungen, man würde miteinander dem Alkohol zusprechen, bis spät abends entweder der Journalisten einen „Zund“ als vertrauliche Information erhält. Oder der Politiker bringt seine Wunschgeschichte an.

Als Gegenteil so einer Ver-

brüderung und gegenseitiger Begünstigung gibt es das Phänomen, dass Politiker die Journalisten quasi als Feind sehen. Was absurd ist, denn wer ein öffentliches Amt innehat, muss in Demokratien laufend seine Arbeit erklären.

Schlechte Image-Werte für beide Seiten

Ex-Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) kam aber über zwanzigmal hintereinander nicht in die „Zeit im Bild 2“, weil ihm die Fragen nicht passten. Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) und Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) taten

das nicht einmal, als sie Grundsatzreden hielten, von denen jeder Österreicher erfahren sollte.

Verzichteten sie auf Hunderttausende Zuseher, bloß weil ihnen der Interviewer, das Thema und der Fragenzugang nicht gefallen? Irgendetwas machen jedenfalls sowohl die Politik als auch die Medien falsch. Studien über das Image von Berufsgruppen weisen für Politiker schlechte und für Journalisten mäßige Vertrauenswerte nach. Beim Institutionenvertrauen sind Regierung und Opposition im klaren Minusbereich, Parteien noch übler dran. Medien haben allerdings im APA-/OGM-Vertrauensindex keine besseren Werte. Beide Seiten wären daher gut beraten, ein professionelles Verhältnis zueinander zu pflegen.

Ach ja, und das Beste kommt zum Schluss? Nein. Es gibt vielmehr eine unpopuläre Schlussfolgerung: Man soll Politiker kritisieren, die sich ohne inhaltlichen Tiefgang medial präsentieren. Genauso Kritik verdienen Journalisten, die über politisches Selbstlob willfährig berichten. Doch machen das die Politik und die Medien nicht auch deshalb, weil es unter uns allen ein Publikum gibt, dem anscheinend genau das gefällt?

„Wir haben erschreckend wenig gute Politik-Darsteller“

Alles geübt und einstudiert? Message Control ist ein Zeichen von Professionalität, meint Medien-Experte Peter Plaikner.

Wie professionell kommunizieren unsere Politiker?

Da trennt sich die Spreu vom Weizen. Aus meiner Sicht haben wir erschre-

ckend wenig gute Politik-Darsteller. Spitzenpolitiker sind aber vor allem Vermittler dessen, was im Detail immer ihre Beamtschaft aus-

führen muss. Mediale Darstellungskompetenz ist heute sehr wichtig. Deswegen fallen jene, die wirklich rhetorisch gut sind, auf.

Wie ist das Abrutschen im Pressefreiheits-Ranking zu bewerten?

Man kann es als Frühwarnsignal sehen, ohne es überzubewerten. Versuche von Regierungen, direkten Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu nehmen, sind ein Minuspunkt. Die Unabhängigkeit der Redaktionen gegenüber Eigentümern und Anzeigenabteilung ist hingegen ein starkes Merkmal von Pressefreiheit. nais